

Freiburg, 04.03.2021

PRESSESTATEMENT ZUM INTERNATIONALEN FRAUENTAG

Women's Human Rights Campaign fordert Einbindung in den Beratungsprozess

Neue „Gender“-Gesetze sollen einen „Geschlechtswechsel“ einfacher machen und Menschen mit verschiedenen „Geschlechtsidentitäten“ vor Gewalt und Diskriminierung schützen. Dies betrachten Frauenrechtlerinnen als Angriff auf ihre Schutz- und Freiheitsrechte. Sie fordern die Regierung auf, ihre Stimme bei den Beratungen einzubeziehen.



Im Sommer 2020 haben die Parteien Bündnis 90/Die Grünen und FDP einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den „Geschlechtswechsel“ auf Zuruf ermöglichen soll. Dies sehen viele Frauen als aggressiven Angriff auf ihre Rechte, die nach der UN-Frauenrechtskonvention auf dem leiblich gebundenen Geschlecht basieren. Das Innenministerium hat daraufhin kürzlich einen eigenen, noch unveröffentlichten, Referentenentwurf geschrieben, der sich jedoch kaum von einem „Geschlechtswechsel per Zuruf“ unterscheidet. Auch dieser Entwurf untergräbt das Recht von Frauen auf Würde, Sicherheit und Gleichberechtigung!

Zusätzlich hat kürzlich Bündnis 90/Die Grünen die Regierung dazu aufgerufen, ein Gesetz gegen „LGBTI-Hasskriminalität“ zu erlassen und die „LGBTI-Strategie“ der Europäischen Union umzusetzen. Dies gefährdet massiv die Freiheit der Meinungsäußerung von Frauen und Mädchen. Das Recht auf freie Meinungsbildung und -äußerung ist eines der fundamentalsten Menschenrechte. Wird es unterdrückt, werden Frauen von demokratischen Prozessen ausgeschlossen. Frauen, die sich für geschlechtsbedingte Rechte stark machen, erfahren schon jetzt weltweit Jobverlust, Todes- und Vergewaltigungsdrohungen und Schikane durch Menschen, die bestreiten, dass es einen Konflikt zwischen geschlechtsbedingten Rechten und „Geschlechtsidentitäts“-Rechten gibt. Seit ein paar Tagen findet z.B. eine beispiellose Hexenjagd auf die Philosophie-Dozentin Holly Lawford-Smith an der Universität Melbourne statt, nachdem sie einen Blog über die Alltagserfahrungen von Frauen unter Gender-Gesetzgebungen veröffentlichte.

Die Women's Human Rights Campaign Deutschland fordert die Bundesregierung auf, Stimmen von Frauen, welche für die geschlechtsbedingten Rechte eintreten, in den aktuellen Beratungsprozess einzubeziehen. Sie dürfen aus dem Gesetzgebungsprozess nicht ausgeschlossen werden.

Die WHRC ist eine internationale, säkulare Organisation. Sie entstand als Reaktion darauf, dass geschlechtsbedingte Rechte immer häufiger durch den Einschluss von Männern mit weiblichen „Geschlechtsidentitäten“ in die Kategorie der Frau ausgehöhlt werden. Unsere Erklärung zu den geschlechtsbedingten Rechten der Frau wurde von über 15000 Menschen und 313 Organisationen aus 127 Ländern unterzeichnet. Sie wurde in 18 Sprachen übersetzt und hat Repräsentanzen in 30 Ländern. Die WHRC hat sich zum Ziel gesetzt, dass die geschlechtsbedingten Rechte der Frau und die Rechte des Kindes bei der Verabschiedung neuer Gesetze berücksichtigt werden. Dies gilt besonders für Gesetze, welche die Kategorie „Geschlecht“ durch „Geschlechtsidentität“ versuchen, auszutauschen. Denn wenn die Kategorie „Geschlecht“ ausgelöscht wird, werden damit auch alle durch Frauen erkämpften geschlechtsbedingten Rechte ausgelöscht. Die WHRC ist Teil einer neuen internationalen Bewegung zur Frauenbefreiung, die durch die Notwendigkeit ins Leben gerufen wurde, auf diese neuen Angriffe zu reagieren.

Kontakt: Stefanie Bode Tel. 01512 6385 582

germany@womensdeclaration.org

www.womensdeclaration.com/de